

## **PRÄVENTIONSNETZWERK FINANZKOMPETENZ E.V.**

### **Anforderungen an eine nationale Finanzbildungsstrategie für Deutschland**

Entscheidungen zu finanziellen Angelegenheiten durchziehen den Alltag. Mit dem ersten Taschengeld können bereits Kinder ab sieben Jahren am wirtschaftlichen Miteinander teilhaben. Fragen zum Abschließen von Verträgen, zur Planung monatlicher Ausgaben, Absicherung von Lebensrisiken, Altersvorsorge oder zum Umgang mit Verbindlichkeiten und Schulden beschäftigen alle Altersgruppen.

Finanzielle Bildung liefert dabei die Grundlage,

- um unser Wirtschaftssystem zu verstehen,
- am Wirtschaftsleben in verschiedenen Rollen – als Verbraucher\*in, Arbeitnehmer\*in oder Unternehmer\*in - teilzuhaben
- selbstbestimmt gute finanzielle Entscheidungen treffen zu können.

Finanzielle Bildung befähigt zu einem sicheren Umgang mit den jeweils vorhandenen finanziellen Mitteln, sorgt für Chancengleichheit und leistet einen Beitrag zur Geschlechtergleichstellung, indem Finanzkompetenz allen gesellschaftlichen Gruppen gleichwertig zuteilwird und bestehende Defizite ausgeglichen werden. Über finanzielle Bildung kann wirtschaftliche Teilhabe hergestellt und gesichert werden, sie kann dazu beitragen, Überschuldung und (Alters-)Armut zu vermeiden. Finanzielle Kompetenzen sind im Ergebnis sowohl für das Individuum als auch für die Gesellschaft von Vorteil.

Empirische Studien legen Wissenslücken im Bereich Finanzen nahe und zeigen, dass finanzielle Angelegenheiten in Schule, Studium, Ausbildung, Beruf insgesamt zu wenig thematisiert werden. So spielen Themen, wie Haushaltsbuch, beruflicher Werdegang, Steuererklärung oder Verbraucherrechte oft nur eine untergeordnete Rolle und der Zufall oder der sozioökonomische Hintergrund entscheiden darüber, ob und in welchem Umfang Finanzkompetenzen erworben werden.

Die Initiative „Aufbruch finanzielle Bildung“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung und des Bundesministeriums für Finanzen begrüßen wir als Präventionsnetzwerk Finanzkompetenz deshalb ausdrücklich. Die Ausgestaltung einer nationalen Finanzbildungsstrategie und abzuleitender Maßnahmen bedarf großer Anstrengungen aller Beteiligten. Mit unserer langjährigen Tätigkeit im Bereich der finanziellen Bildung und Prävention stehen wir bereit, um zum Gelingen und zum Erfolg der Finanzbildungsstrategie beizutragen.

## **Folgende Grundsätze zur Ausgestaltung der nationalen Finanzbildungsstrategie für Deutschland sind uns wichtig**

### **Finanzielle Bildung schafft Grundlagen**

Unter den Stichworten finanzielle oder auch ökonomische Bildung werden Themen wie Inflation, Geldanlage, Rendite und Risikostreuung oft in den Vordergrund gestellt. Eine Vielzahl an Studien zur Erfassung des Finanzwissens in Deutschland stellt vorrangig oder ausschließlich Fragen zum Finanzmarkt. Grundlage für die Entscheidung zum Vermögensaufbau ist jedoch die Fähigkeit, langfristig ein ausgeglichenes Haushaltsbudget zu führen, Einnahmen und Ausgaben sinnvoll aufzuteilen sowie Maßnahmen und Hilfen zu kennen, wenn sich finanzielle Probleme abzeichnen. Eine nationale Finanzbildungsstrategie muss mit Blick auf die Zahl der überschuldeten und von Armut bedrohten Haushalte in Deutschland die Prioritäten auf grundlegende Finanzfertigkeiten legen, wovon letztlich alle Adressat\*innen, aber im besonderen Maße vulnerable bzw. weniger privilegierte Zielgruppen profitieren.

### **Transparente Beteiligung von Stakeholdern**

In Deutschland gibt es eine Vielzahl verschiedener privater und öffentlich geförderter Angebote sowie Interessenvertretungen zu finanzieller Bildung, die jeweils unterschiedliche Schwerpunkte setzen und bestimmte Zielgruppen fokussieren. Der Erfolg einer nationalen Finanzbildungsstrategie wird im Wesentlichen davon abhängen, ob und wie es gelingt, das Fachwissen und die Erfahrung dieser Stakeholder auf strategischer und operativer Ebene zu integrieren. Entscheidend ist dabei auch, dass die Stakeholder gleichberechtigt, transparent und dauerhaft über entsprechende Gremien einbezogen werden.

### **Finanzielle Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe**

Finanzkompetenz einerseits und finanzielle Problemlagen andererseits kommen in den verschiedensten Lebenslagen zum Tragen, betreffen entlang der Lebensphasen u.a. Ausbildung, Berufstätigkeit, Krankheit, Familienplanung, Ruhestand. Finanzielle Bildung muss deshalb als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden. Sie ist kein exklusives Thema allgemeinbildender Schulen, sondern es sind ebenso Einrichtungen der Erwachsenenbildung und Weiterbildung, soziale Einrichtungen, Unternehmen, Banken, Vereine usw. gefordert, in ihren Wirkkreisen zur Stärkung finanzieller Bildung beizutragen. Hierzu bedarf es zum einen der Schulung von Multiplikator\*innen und zum anderen auch der Beteiligung weiterer Ministerien – sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene –, die innerhalb ihrer Zuständigkeiten und Fördermöglichkeiten zum Erfolg einer nationalen Finanzbildungsstrategie beitragen können.

### **Qualitätssicherung**

Die Vermittlung von finanzieller Bildung ist nicht bedingungslos vorteilhaft. Insbesondere Themen, wie Geldanlage und Altersvorsorge, bieten unseriösen Anbieter\*innen die Möglichkeit, finanzielle Bildung für das eigene Geschäftsmodell zu instrumentalisieren. Lehrmaterialien und -inhalte müssen vielfältige Standpunkte abdecken und dürfen nicht zur Überbetonung einzelner Positionen führen. Hierfür braucht es klare Kriterien und eine Abgrenzung zwischen qualitätsgesicherten bildungsorientierten Angeboten und profitorientierten Angeboten, bei denen der Absatz einschlägiger Produkte im Fokus steht oder in Form von Folgegeschäften vermittelt wird. Interessenkonflikte sind im Sinne der Zielgruppen von finanzieller Bildung sowie der Glaubwürdigkeit einer nationalen Finanzbildungsstrategie auszuschließen.

### **Stärkung des Verbraucherschutzes und der Aufklärung**

Die Grundlage für kompetente ökonomische Teilhabe ist nicht allein in entsprechenden Kenntnissen und Fähigkeiten einzelner Personen, sondern ebenso im Abbau von Barrieren bspw. in Bezug auf Sprache und Digitalisierung zu sehen. Eine nationale Finanzbildungsstrategie kann nicht nur auf der individuellen Ebene in Form von Kompetenzerwerb angesiedelt sein, sondern muss ebenso strukturell Rahmenbedingungen schaffen, die den Zugang zu finanzieller Bildung, Informationen und Dienstleistungen erleichtern, Verbraucher\*innen bei der Entscheidungsfindung unterstützen und vor unseriösen Angeboten durch starke Verbraucherrechte und -beratung schützen.

### **Kooperation zwischen Bund und Ländern**

Auch wenn Bildung zum größten Teil in der Verantwortung der Länder liegt, sollte eine nationale Finanzbildungsstrategie Schulen und Hochschulen als wichtige Orte zur Vermittlung von finanziellen Kompetenzen in den Fokus rücken und die Akteur\*innen in den Ländern durch Bündelung bundesweiter Expertise unterstützen. Grundlegend dafür, ist eine Stärkung des Bildungssystems insgesamt. Es bedarf einer entsprechenden Fachkräfteentwicklung, sodass ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung stehen und diese durch entsprechende Inhalte zu finanzieller Bildung in der Lehrkräfteausbildung und -fortbildung dazu in die Lage versetzt werden, Finanzkompetenzen vermitteln zu können. Der Bund kann hier durch die Vermittlung bestehender Expertise zu finanzieller Bildung aber auch im Rahmen von Finanzhilfen für gesamtgesellschaftlich bedeutsame Investitionen wie schon beim Digitalpakt unterstützen.

### **Langfristigkeit, Weiterentwicklung und Forschung**

Verschiedene Untersuchungen zeigen, dass Deutschland im Bereich der finanziellen Bildung großen Nachholbedarf hat. Mit Blick auf die bisherigen Defizite sowie steigende Anforderungen an Verbraucher\*innen, etwa im Bereich Altersvorsorge, Prävention und Kompensation von Krisen, bedarf es einer tragfähigen, langfristig angelegten und die Legislaturperiode übergreifende Strategie für finanzielle Bildung. Die grundsätzliche Ausrichtung der Strategie sowie resultierende Maßnahmen und Programme müssen sich an den dynamischen Bedarfen orientieren und evaluiert werden. Die Beteiligung an internationalen Vergleichsstudien sowie Erhebungen auf nationaler Ebene, die über bisher präferierte Zielgruppen hinausgehen, sind grundlegend für entsprechende bildungspolitische Entscheidungen.